

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 7-8

Artikel: Ein Visionär des libertären Minimalstaats : Auberon Herbert (1838-1906)
Autor: Winterberger, Andreas K.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165041>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Andreas K. Winterberger

Ein Visionär des libertären Minimalstaats

Auberon Herbert (1838–1906)

*«This cynical assumption of the weakness and selfishness of parents, this disbelief in the power of better motives, this faith in the inspector and the policeman, can have but one result. Treat the people as unworthy of trust, and they will justify your expectation. Tell them that you do not expect them to possess a sense of responsibility, to think or act for themselves, withhold from them the most natural and the most important opportunities for such things, and in due time they will passively accept the mental and moral condition you have made for them.»**

Auberon Herbert

Auberon Herbert galt während geraumer Zeit selbst in angelsächsischen Ländern als eine halb vergessene Grösse des liberalen Laissez-faire: Die erste und bisher einzige Biographie, die von *S. Hutchinson Harris* 1943 trotz eines unaufhaltsam erscheinenden Sieges des Sozialismus namentlich in Grossbritannien veröffentlicht wurde¹, lag schon dreieinhalb Jahrzehnte zurück. In der Zwischenzeit hatte sich auch das intellektuelle Klima weltweit verändert: Seither müssen sozialistische, sozialdemokratische und sozial-«liberale» Ideen auf dem Marktplatz der Ideen ums Überleben kämpfen. *«The Right and Wrong of Compulsion by the State and other Essays»*² ist wie die anderen vom Verlag *Liberty Classics* und *Liberty Press* herausgegebenen Bücher, die zusammen den Grundstock einer einzigartigen Sammlung liberaler, libertärer und liberalkonservativer Klassiker sowie zu Unrecht verkannter «Funde» bilden, bewusst in einer Auflagenhöhe gedruckt worden, die eine langandauernde Zugänglichkeit im Buchhandel ermöglicht. Dies hat sich gerade in diesem Fall gelohnt: Herberts düstere Prophezeiungen, was ein – vorübergehender – Triumph des realen Sozialismus für die Menschen an Schrecken bedeuten werde, seine Warnungen vor den Degenerierungserscheinungen einer unbeschränkten, von Berufspolitikern und organisierten Sonderinteressen dominierten Demokratie, sein unerschütterlicher optimistischer Glaube an den Sieg der offenen Gesellschaft und seine Erkenntnis, wie mühsam sich der Weg aus den verschiedenen Formen des Sozialismus für die Menschen gestalten werde, zumal der Wechsel vom einen Moralsystem zum anderen zu weitreichenden Veränderungen im individuellen und ökonomischen Verhalten führt, sind seit dem europäischen Revolutionsjahr 1989 – dem Zusammenbruch des «*ancien régime*» des realen Sozialismus im östlichen Mitteleuropa, in Osteuropa, auf dem Territorium der früheren UdSSR, ja weltweit – vollauf bestätigt worden. Auberon Herbert war aber nicht nur ein scharfsinniger Analytiker und

Zeitkritiker; der Vorläufer des modernen Libertarismus (antietatistischer Radikalliberalismus) skizzierte die durchaus realistische, aber auch idealistische Vision einer libertären internationalen Ordnung, die durch die radikale Freiheit des Individuums in allen Lebensbereichen, Frieden, Wohlstand dank der «*Marktwirtschaft ohne Adjektive*» (*Václav Klaus*) unter Wahrung der Umweltverträglichkeit, Freihandel, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Individuen gekennzeichnet ist. Mit diesen Ideen appelliert Herbert gleichermassen an Kopf und Herz der Leser; sie haben aus heutiger Sicht an Faszination nichts verloren. Der Porträtierte hat ferner mögliche Strategien für den Übergang vom vorherrschenden staatsinterventionistischen gemischtwirtschaftlichen System in eine Gesellschaft wirklich freier Menschen skizziert, die ihn ebenfalls als zeitlosen Denker erweisen.

Vom adeligen Konservativen zum republikanischen Radikalliberalen

Auberon Herbert wurde 1838 als Sohn wohlsituerter britischer Aristokraten – sein Vater war der dritte *Earl of Carnarvon* – geboren und genoss standesgemäss in Eton sowie am St. Jones' College in Oxford eine hervorragende Ausbildung. Es folgte die fast obligate mehrjährige Tätigkeit als Offizier der British Army teilweise in Übersee sowie die Vermählung mit einer Aristokratin. 1861 kehrte er nach Oxford zurück, wurde Fellow am St. John's College und gründete mehrere konservative Debattiergesellschaften. 1865 und 1868 kandidierte er erfolglos zuerst als Tory, danach als Liberaler für einen Sitz im Unterhaus. 1870 setzte er sich schliesslich in einer Nachwahl als Liberaler in Nottingham durch. Zusammen mit *Sir Charles Dilke* sprach er sich für den Republikanismus aus und unterstützte *Joseph Arch* bei dessen Versuchen, eine *Gewerkschaft der Agrararbeiter* zu gründen. Er neigte schon damals zum Libertarismus, doch war er noch nicht konsistenten politischen Prinzipien verpflichtet. Eine Begegnung des von den Degenerierungen der britischen Politik degoutierten Parlamentariers mit dem radikalliberalen Universalgelehrten *Herbert Spencer* gegen Ende 1873 sollte für die Entwicklung seiner Gedankenwelt wegweisend sein und stärkte ihn in seinem zuvor schon gefassten Entscheid, auf eine erneute Kandidatur fürs Unterhaus zu verzichten. 1877 gründete er die *Personal Rights and Self-Help Association*, um «*erstens die individuelle Freiheit und die persönlichen Rechte zu schützen und auszudehnen; zweitens um gegen die Vermehrung der Gesetze und die Tendenz, durch das Parlament die Angelegenheiten der Menschen zu kontrollieren und zu dirigieren, zu opponieren*»³. 1878 war er einer der Hauptorganisatoren der Massenversammlungen im Hyde Park gegen den Krieg mit Russland sowie den mächtig erstarkenden *Chauvinismus (Jingoismus)*. Gemeinsam mit den andern ra-

dikalliberalen intellektuellen Parlamentariern unter Führung von *Richard Cobden* und *John Bright* von der *Manchester Schule* sowie dem dieser nahestehenden katholischen Publizisten und Parlamentsmitglied *Hilaire Belloc* war der Porträtierte ein engagierter Antiimperialist, der für das Selbstbestimmungsrecht der Iren, gegen die britische Intervention in Ägypten sowie gegen den Burenkrieg eintrat. Sein Versuch, 1879 von den Liberalen in Nottingham für einen Unterhaussitz aufgestellt zu werden, scheiterte: Die einstige Partei der Freiheit segelte nun im etatistischen Fahrwasser, ihr war Herbert zu kompromisslos radikalliberal. Daher widmete sich dieser fortan prioritär der Publikation von Essays und Büchern zugunsten eines konsistenten Individualismus. In einem Aufsatz (1877) zeigt er sich vom «konstanten zynischen Unterton» in den Schriften des Maestro Herbert Spencer betroffen – er will im Unterschied zu diesem der «moralischen Seite» des Arguments «für eine Gesellschaft völlig freier und freiwillig kooperierender Individuen» («Voluntarismus») besondere Aufmerksamkeit widmen. Er unterhielt gute Beziehungen zu den «vernünftigen Anarchisten» um den Amerikaner *Benjamin R. Tucker* und dessen Zeitschrift «*Liberty*» und meinte, er bilde zusammen mit jenen den linken Flügel des individualistischen Lagers, d. h. jenen Flügel, der die Freiheit am weitesten tragen wolle. 1885 beabsichtigte er, die *Party of Individual Liberty* zu etablieren und hielt in deren Namen Vorträge in den verschiedenen Teilen Englands. Der Essay «*The Right and Wrong of Compulsion by the State*» sollte als Basis für die Prinzipien und das Programm der Partei dienen. Von 1890 bis 1901 publizierte er die zuerst wöchentlich, später monatlich erscheinende Zeitschrift «*Free Life – the Organ of Voluntary Taxation and the Voluntary State*». In «*Free Life*» führte Herbert den Kampf wider den aggressiven Gebrauch der Gewalt und setzte sich mit zwei damals prominenten Sozialisten, *J. A. Hobson* und *Belfort Bax* in Form langer Essays auseinander. Sein Kontrahent *J. A. Hobson* bezeichnete den «Voluntarismus» gar als «*Anarchismus des reichen Mannes*», obwohl sich Herbert stets gegen die Titulierung als Anarchist gewandt und recht überzeugende Einwände gegen den Anarchismus vorgebracht hat. 1906 starb er.

Prinzipienlose Parlamentarier

Im ersten Essay (1880) konstatiert Auberon Herbert aufgrund reicher persönlicher Erfahrungen die vorherrschende Neigung der *classe politique*, systematischem und langfristigem Denken sowie allgemeinen Prinzipien abhold zu sein. Dadurch wüsste sie natürlich auch nicht die Ziele anzugeben, auf die ihre Bestrebungen ausgerichtet seien. Jedes Denksystem werde als doktrinär verschrien, da es ihren eigenen Gestaltungswillen einschränken

würde. Wie später *F. A. von Hayek* erinnert er daran, dass «*wir in unserem Denken zwar die allgemeinen Prinzipien, die unser Verhalten steuern, nicht zu erkennen vermögen. Obwohl wir diesbezüglich im Grunde genommen nichts Genaues wissen, können wir – abgesehen von rein instinktiven Handlungen – doch den Nachweis erbringen, dass es allgemeine Prinzipien gibt, die unser Handeln bestimmen*» (S. 34). Die systematische Zuordnung von Fakten (Klassifizierung), welche den Fortschritt im Bereich des Wissens erst ermöglicht, sei auf allgemeine Prinzipien angewiesen. Im Bereich der Politik bedeute dies, dass jene Tatsachen klassifiziert würden, welche einen Einfluss auf die menschliche Natur und auf jene Umstände ausüben, welche nach allgemeiner Lebenserfahrung bestimmte Entwicklungen fördern oder behindern. Er warnt vor dem Spezialistentum der Experten, denen oft das Wissen um die weiteren Zusammenhänge fehle. Der Politik wird angelastet, dass bei der Notwendigkeit von Reformen zuerst aufgezeigt werde, dass die unmittelbaren Interessen irgend einer Klasse in dieser Frage involviert seien, statt dass auf der Basis von «*grossen und primären Prinzipien*» die effektiv zu treffenden Entscheide gefällt würden.

Freiheit und ihre Grenzen – «Verfolgung des Glücks»

Bei der Definition von «*grossen und primären Prinzipien*» greift Herbert auf Herbert Spencer zurück und nennt an erster Stelle das Glück, das die Menschen in ihren Beziehungen aneinander binde. Seine Konzeption der «*Verfolgung des Glücks*» ist wie jene Spencers oder *Thomas Jeffersons* individualistisch geprägt: «*Weil jeder Mensch allein nur sein eigenes Glück beurteilen kann, ist daraus zu folgern, dass jeder Mensch frei sein soll, seine Fähigkeiten dermassen auszuüben und seine Energien dermassen zu dirigieren, als er es am passendsten findet, um glücklich zu werden*». Allerdings ist eine Einschränkung zu beachten: «*Seine Freiheit bei der Verfolgung des Glücks darf nicht in die genau entsprechende Freiheit der andern eingreifen. Weder durch Gewalt noch durch Betrug darf er in den gleichen freien Gebrauch der Fähigkeiten jedes andern Menschen eingreifen.*» «*Die weitest mögliche Freiheit*» ist daher das grosse primäre Gesetz, auf dem die Beziehungen der Menschen untereinander gründen sollen, damit sie glücklich, friedlich und fortschrittlich seien (S. 43). Damit hat der Porträtierte die Grundlagen des modernen Liberalismus (Libertarianism) einschliesslich des Axioms auf Gewaltverzicht (*non-aggression axiom*) formuliert. Gewaltanwendung wird nur sanktioniert, wenn sie der unmittelbaren Verteidigung der Freiheit dient. Herbert hat das theoretische Rüstzeug, um das Wirken der im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts immer stärker werdenden selbsternannten Reformer und Philantropen etatistischer Provenienz mitunter

beissend anzuprangern, die oft durchaus in wohlmeinender Absicht, aber aus Ignoranz, Mittel des Zwangs und der Einschränkungen propagieren und anwenden, dabei aber schädliche Wirkung zeitigen (S. 44).

Zu den grossen wohltätigen Kräften der Natur zählt er neben der Freiheit, die umfassend heilend wirke, was manchmal auch schmerzlich sein könne, die *natürliche Selektion* (S. 45). Zur Untermauerung seines radikalen Freiheitsbegriffs findet er auch die logisch zwingende Begründung, die von den Etatisten aller Schattierungen bis zum heutigen Tag nicht entkräftigt werden konnte: Wer Freiheit – verstanden als Selbstbestimmung – in Abrede stelle, könne dennoch die Tatsache nicht abstreiten, *«dass kein Mensch Rechte über ein anderes Individuum haben kann, sofern er nicht zuerst Rechte über sich hat»*. *«Wer dieses Recht bestreitet, hat keine Grundlage mehr für Rechte welcher Art auch immer, für Gerechtigkeit, politische Freiheit oder Gleichheit, etabliert wird die Herrschaft der Gewalt»* (S. 46). *«Wie soll es möglich sein, dass das Individuum ohne Rechte sein soll, dass aber eine Vereinigung von Individuen unbeschränkte Rechte besitzen soll?»*, fragt er und verweist positive Antworten in den Bereich des Mystizismus (S. 47).

Für Reprivatisierung des Bildungswesens

Im Essay *«State Education: A Help or Hindrance?»* (1880) engagiert sich der Verfasser fulminant für eine Reprivatisierung des Bildungswesens, zehn Jahre nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht in Grossbritannien. *«Früher oder später muss jede Institution auf die Herausforderung antworten: «Gründet sie auf Gerechtigkeit? Dient sie der Freiheit der Menschen oder nicht?»»* (S. 54), meint der Moralist. Nationale Erziehung und Ausbildung werde im vorausgesetzten Interesse der Arbeiterschaft und des unteren Mittelstands durchgesetzt. Doch betrachteten es die wohlhabenderen Schichten als ihr Recht und ihre Pflicht, über die Erziehung des breiten Volkes zu bestimmen. Deswegen verdienten sie auch nicht Tadel: Solange sie mit ihren Steuern einen Teil der Ausbildungskosten finanzierten, besäßen sie unbestreitbar ein Recht auf Mitwirkung. Doch müsse der Arbeiter konstatieren, dass er auf die Ausbildung seiner Kinder kaum Einfluss nehmen könne. Konkret bedeute die Verwaltung und Erziehung seiner Kinder eine Einmischung in seine privaten Angelegenheiten. Selbst durch die ausschliessliche Entsendung von eigenen Repräsentanten im Sinne demokratischer Vorstellungen ändere sich am unprofitablen Handel nichts – das Ungleichgewicht werde nur umgekehrt. Die Problemlösung müsse im Verzicht auf alle Verpflichtungen liegen – durch die Wahl freiwilliger Möglichkeiten (S. 56). *«Gerechtigkeit erfordert eben nicht, dass man die Bürden des einen Mannes auf die Schultern des anderen legt, selbst wenn dieser sie*

besser tragen kann» – «wer gerecht sein will, muss Gerechtigkeit sowohl gegenüber dem reichen wie auch gegenüber dem armen Mann walten lassen» – diese grundlegende Wahrheit hat angesichts des heute unübersehbar gewordenen realen wie moralischen Fiaskos der Konzeption der *«affirmative action»* (Quotensysteme für Minderheiten) in den USA ihre Bestätigung gefunden. Herbert erwartet in visionärer Voraussicht, dass die Politik bei Missachtung dieses Gesetzes zu einem allgemeinen Kampf aller gegen alle verkomme, in dem der selbstsüchtige Wille den grössten Erfolg erzielen werde.

Die privaten Volksschulen sollen durch freiwillige Beiträge der Reichen – an deren Grosszügigkeit Auberon Herbert angesichts bisheriger Erfahrungen nicht zweifelt – oder noch besser durch die Arbeiter finanziert werden.

Am stärksten argumentiert der Verfasser, wenn er auf die oft missachtete Tatsache hinweist, dass eine Nation oder gemischte Gruppe von Menschen nur administriert werden könne, indem die vorhandenen Unterschiede unterdrückt und Überzeugungen missachten würden. Auch werde mit der Zunahme der höheren Intelligenz – Ergebnis besserer Talenterfassung – eine Zunahme der Anzahl unterschiedlicher Meinungen, welche die Prinzipien und Methoden der erwähnten Institutionen betreffen, zu registrieren sein. Dies hat auch Folgen für das politische System: Der Parlamentarier kann nur noch einen Teil des Volkes repräsentieren, während die anderen Teile keine Vertretung haben. Um so mehr leide eine zunehmend gebildete Nation unter einem System, das die verschiedenen Teile zum einheitlichen Denken und Handeln zu zwingen suche. Der Repräsentationsgedanke der Demokratie werde dadurch zur Fiktion. Wieviel vorteilhafter sei demgegenüber der freiwillige Zusammenschluss Gleichgesinnter im Sinne des *«Voluntarismus»*, *«wo es jedem Dissident frei steht, sein Denken und Handeln anderswo zu verwirklichen, so dass kontinuierlicher Fortschritt, ständige Entwicklung neuer Ideen und das Handeln für ihre praktische Umsetzung möglich ist, während politische Systeme unter der Immobilität der Administration und unzufriedener Hilflosigkeit der Regierten leiden»* (S. 60–61). Unbestritten bleiben für Herbert aber klassisch liberale Staatsaufgaben, wie die Administration eines Rechtssystems sowie die Verteidigung gegen aussen bestehen. Bei den Eltern hätten sich Qualitäten wie Vorlieben, Sympathie und Uneigennützigkeit, die sie dazu motivierten, für ihre Kinder zu sorgen, in langdauernden Prozessen entwickelt. Das staatliche Bildungswesen unterminierte nun diesen Selbstverantwortungs- und Familiensinn, drohe ihn gar zu zerstören. Charles Murray zeigt in seinem Werk *«In Pursuit of Happiness and Good Government»*⁴, dass das gegenwärtige Bildungswesen der USA diese Fehlentwicklung in der Tat namentlich bei den sozial

Schwachen oft hervorgerufen hat, und plädiert daher für Hilfe zur Selbsthilfe.

«Fortschritt bedeutet Vielfalt»

Aufgrund dieses urliberalen Credos gelangt der Autor zu folgendem Fazit: *«Wer Fortschritt wünscht, darf den Menschen nicht Schwierigkeiten bereiten, unterschiedlich zu denken und zu handeln, darf ihre Sinne nicht mit Routine und ihre Vorstellungskraft mit dem offiziellen Modell irgendeiner grossen Verwaltungsabteilung einebnen», sondern «muss alle Hindernisse entfernen, die jeden Menschen an der Ausübung seiner reflektierenden und imaginativen Fähigkeiten nach eigenem Gutdünken hindern»* sowie darf *«nichts tun, um die Entschädigung, die er als Gegenleistung für seine Bemühungen erhofft, zu reduzieren»* (S. 68). *«Entlöhnung nach sich ergebenden Resultaten»* fördere das Einpauken von Wissen und vulgarisiere das Bildungswesen (S. 72–73). Fortschritte im Bildungswesen würden nur in einem langsamen – evolutiven – Prozess erreicht. Ein Fortschritt wäre es bereits, das Bildungswesen auf die lokale Ebene zu dezentralisieren, da auf diese Weise Vielfalt ermöglicht würde. Herbert schlägt zu diesem Zweck ein Finanzierungsmodell vor.

Der Einfluss des Spencerschen Evolutionsgedankens verführt Herbert zu einigen apodiktischen Axiomen, die aus heutiger Sicht *nicht haltbar* sind. So schreibt er: *«Nur wenn der Glaube an die Vernunft gestärkt wird, indem die Menschen dazu gebracht werden, zu erkennen, dass das moralische System, das ihre Handlungen untereinander reguliert, so wahr und fixiert wie das Planetensystem ist, seine Teile so ordentlich, sein Ganzes so vernünftig, und dass Gewalt – worunter ich in jedem Fall die Anwendung physischen Zwangs eines Menschen gegen einen anderen verstehe – keinen möglichen Platz darin findet»*, könnten die Stärksten zum Verzicht auf den Gebrauch von Gewalt überzeugt werden (S. 98).

Moral ist in Tat und Wahrheit evolutiv dem Wandel unterworfen und eben nicht fix. Dennoch dürften Herberts Beobachtungen über die Grundlagen einer freiheitlichen und wirtschaftlich prosperierenden Ordnung zeitlos sein. Unter Einfluss Spencers zieht Herbert auch immer wieder Vergleiche zwischen Menschen-, Tier- und Pflanzenwelt (Adaptionsvermögen dank Vielfalt und Wettbewerb), wobei er nur selten unzulängliche Parallelen zieht: Der Begriff des *Organismus* wird beim Menschen recht differenziert angewandt, so dass die Behauptung begründet erscheint, seine Theorie des «Voluntarismus» sei eher kultur-evolutionär im Sinne F. A. von Hayeks denn biologisch («sozialdarwinistisch») konsequent, wenngleich die Trennung gelegentlich nicht sauber durchgehalten wird.

Für freiwillige (Einkommens-)Besteuerung

Bereits in «*A Politician in Sight of Heaven*» (1884) erkennt er den arbiträren Charakter der staatlichen Umverteilungspolitik mittels Steuern. Staatliche Bodenpolitik, d. h. Eingriffe in das freie Spiel des Marktes, in die Vertragsfreiheit und die Eigentumsrechte (Mieterschutz im Sinne des damaligen liberalen Premiers Gladstone) lehnt er ab – eine breite Eigentumsstreuung werde derart verunmöglicht. Die Zwangsbesteuerung soll von einer freiwilligen Einkommenssteuer abgelöst werden, die dem zahlenden Bürger das Stimm- und Wahlrecht ermöglicht: Es würde keine weitere Steuer geben. Die gesamte indirekte Besteuerung, Waren-/Verbrauchssteuern und Zölle, würde abgeschafft und «den handelnden Genius des Landes mit (positiven) Folgen befreien, die wir kaum voraussehen werden». (S. 113) Schlechte Zeiten würden den Politikern bevorstehen: «Wenn man die besten Köpfe des Landes ökonomisieren will, muss man die Politik auf die bescheidene Sphäre beschränken, die ihr zukommt und Gladstone sowie Lord Salisbury auf die kleineren Ausmasse reduzieren, für die beide Männer, so enorm begnadet sie auch sein mögen, geeignet sind.» Implizit in dieser Argumentation für eine «*Entthronung der Politik*» (F. A. von Hayek) enthalten ist natürlich auch bei Herbert die Komplexität von Wirtschaft und Gesellschaft, der die Politik mit ihren simplizistischen Rezepten nie gerecht werden kann. Auch könnte hinzugefügt werden, dass erst unter derartigen Rahmenbedingungen die *classe politique* dem von ihrer Seite erhobene Anspruch, die *res publica* zu vertreten, gerecht werden kann, da die finanziellen Anreize für ein politisches Engagement weitgehend wegfallen würden und fortan in der Tat uneigennütziges Engagement die wahre Triebkraft des politischen Engagements von Politikern wie Bürgern wäre.

Der einzelne als Eigentümer seiner selbst

«*The Right and Wrong of Compulsion by the State*» (1885) ist ein Essay, dem zur Rekonstruktion von Auberon Herberts Denken zentrale Bedeutung zukommt. In der freiheitlichen Gesellschaft ist das Individuum Eigentümer seiner selbst (das libertäre «*self-ownership axiom*»). Die Selbstverantwortung impliziert neben der Abwesenheit staatlicher Restriktionen auch Pflichten: Wahre moralische Qualitäten können nur dann gedeihen, wenn die Freiheit der Wahl und des Handelns gewährleistet ist – der Verfasser begründet dies mit einem «*inneren Sinn*», einer «*inneren Stimme*», die nur bei einem freien Menschen überleben könne. Selbst wenn man meine, die Menschen durch Entzug der Freiheit des Handelns weise und gut machen zu können, fehle die Berechtigung dazu. Dennoch glaubten viele

Menschen, sich über diese Regeln im Namen der Demokratie hinwegsetzen zu können; «*Radikale und Republikaner, wie sie sich nennen, bleiben häufig gesinnungsmässig orthodoxe Katholiken, Gläubige der Unfehlbarkeit und Absolutisten*» (S. 128). Doch die grundlegenden – libertären – Prinzipien existierten unabhängig von jeder Regierungsform, seien sie doch moralisches Gesetz.

Eindrücklich warnt er davor, nach politischen Zweckmässigkeiten Zwang zu sanktionieren, da damit «*nicht bloss das Recht gewisser Menschen, gegen andere Zwang anzuwenden, sanktioniert wird, sondern ebenso sehr ihr Entscheidungsrecht, wie, wann und für welchen Zweck sie Zwang gegenüber anderen Menschen anwenden werden*» (S. 131–132). Für Herbert ist Sozialismus mit Protektionismus, Regulierungen, systematische Uniformierung und Unterordnung der Regierten durch die Herrschenden gleichzusetzen, während Liberalismus mit Abhängigkeit von sich selbst und Selbstverantwortung, freiem Denken, freier Religion, freiem Unternehmertum, Freihandel, «*mit jenem freien moralischen Einfluss, der dann gedeiht, wo Zwang fehlt*», gleichzusetzen ist (S. 135–136). Er räumt ein, dass es nach seiner Philosophie «*nicht möglich ist, für die Autorität irgend einer Regierung eine perfekte moralische Grundlage zu finden*», da diese stets die Natur der Usurpation habe, wenn auch einer gerechtfertigten, wenn sie auf gewisse genau umschriebene Grenzen beschränkt sei (S. 141). Darunter versteht er den aus Gründen der Selbsterhaltung erforderlichen Schutz der Bürger vor Gewalt durch eine vom ganzen Volk gewählte Regierung, die Aggressoren entgegentritt. Das Rechtssystem des Staates soll «*auf die Verteidigung der Männer und Frauen in ihren Persönlichkeitsrechten und ihrem Eigentum beschränkt sein*». Herbert steht der Strafverfolgung bei Verleumdung skeptisch gegenüber, er kann sich gar deren Aufhebung vorstellen. Selbst Enteignungen durch Gemeinde- oder übergeordnete Staatsbehörden möchte er ausschliessen. Gemeindebehörden sollen seines Erachtens durchaus Dienstleistungen wie Gas, Wasser usw. anbieten – worin ihm die meisten Libertären kaum folgen werden –, doch müssen sie freiwillig angeboten und freiwillig akzeptiert werden.

Wege in den Anarchokapitalismus – Radikales, aber pragmatisches Re-/Privatisierungs- und Deregulierungsprogramm

Interessanterweise weist der Autor Wege in den Anarchokapitalismus – ob er dabei von *Gustav de Molinari* beeinflusst worden ist, ist unklar. So betont er die Wichtigkeit der Erzwingung von Verträgen zum Schutz des Privateigentums, doch könne der Bereich, in dem der Staat Verträge erzwingt,

eingeschränkt werden. Die Entstehung freiwilliger Gerichtshöfe neben jenen des Staats zeige in die Richtung, die eingeschlagen werden könne⁵.

Eindrucksvoll ist das recht detailliert geratene radikale Re/Privatisierungsprogramm für das Grossbritannien seiner Zeit: Abschaffung bzw. Reduktion von Staatsministerien und Beamten, Dezentralisierung von – äussert begrenzten – Kompetenzen auf die Ebene der Gemeinden sowie «Übergang zum vollständigen Freihandel in allen Dingen», nach innen wie nach aussen. Alle Monopole und Beschränkungen sollen aufgehoben werden, die den Freihandel beeinträchtigen (Abschaffung jeglicher Gesetzgebung, die ein «*Monopol im Alkoholhandel schafft; Streichung aller staatlichen Regulierungen in den Berufsgattungen des Rechts und der Medizin*», Beseitigung aller rechtlichen Hindernisse, die den freien Landverkauf einschränken sowie des Staatsmonopoles im Post- und Telekommunikationsbereich (S. 165).

Staatliche Dienstleistungen sollen abgeschafft werden, etwa das staatliche Bildungswesen, das Staatskirchenwesen, die Armengesetze, staatliche Inspektionen, Regulierungen bei den Fabriken, Minen, Eisenbahnen, Schiffen usw. Der Verfasser ist durchaus so pragmatisch, dass er sich vorstellen kann, dass das staatliche Bildungswesen und die Armengesetze «*an gewissen Orten und während einer gewissen Periode*» fortgeführt würden, so dass die Menschen jeden Distrikts Zeit fänden, eigene Systeme als Ersatz aufzubauen. Nicht fehlen darf folgerichtig die «*Abschaffung von Beschränkungen, die dem Staat den Charakter von Unfehlbarkeit geben und das Urteil des Individuums in Fragen seines Verhaltens und seiner Pflichten durch jenes des Staats ersetzen.*»

Verzicht auf Legiferierung über opferlose Verbrechen

Herbert erwähnt ausdrücklich das Verbot von Prostitution oder von Bordellen, am Beispiel die Zensur («*restricting the stage*») sowie das Verbot von Freizeitvergnügen der Bürger, Restriktionen oder Verbot des Alkoholhandels, Verunmöglichung der Scheidung durch den Willen des einen Partners. Denn das Postulat der strafrechtlichen Verfolgung von opferlosen Verbrechen, zu denen auch das Verbot oder die Beschränkung des Drogenkonsums oder gewisser sexueller Handlungen von mündigen Bürgern, die bei einem Verzicht auf Androhung oder Anwendung von physischem oder psychischem Zwang getätigt werden, zu zählen sind, verstösst gegen das freiheitliche «*self-ownership axiom*». Beschränkungen, die den einen Vertragspartner auf Kosten des anderen privilegieren, sollen beseitigt werden.

Das politische System Grossbritanniens soll grundlegend verändert werden durch Abschaffung des Oberhauses und der Monarchie und den Wech-

sel zur Republik, das Stimm- und Wahlrecht für Männer und Frauen nach dem Proporzprinzip, Einführung des Volksreferendums *nach dem Modell der Schweiz* sowie Umwandlung des Empires in eine Konföderation, die es jeder Kolonie erlaubt, sich vom Mutterland loszutrennen, wann immer sie dies wünscht. Erwähnt werden namentlich Irland, Indien und Ägypten.

Aussenpolitisch soll eine strikt friedliche Politik verfolgt werden: «*Unsere eigenen vorgegebenen Interessen dürfen nicht vor die Rechte irgend eines Volkes gestellt werden. (...) Der Einfluss der Nation soll beständig, aber friedlich zugunsten jener Völker eingesetzt werden, die um Unabhängigkeit kämpfen und wider Annexionen, die unter Missachtung des Volkswillens getätigt werden*» (S. 228).

Der Sozialismus – ein Zwangssystem

Die Essays «*Salvation by Force*» (1898) und «*Lost in the Region of Phrases*» (1899) sind Produkte einer in der Zeitschrift «*The Humanitarian*» ausgefochtenen Debatte zwischen Herbert und dem sozialistischen Publizisten J. A. Hobson, der den Sozialismus mit der Tatsache der sozialen Interdependenz des Menschen zu rechtfertigen sucht. Natürlich stimmt der Porträtierte zu, «*dass wir zahllosen Einflüssen unterworfen sind, dass wir im grossen sozialen Ganzen handeln und aufeinander reagieren, dass die Umwelt ständig das Individuum berührt und verändert*». Doch was habe diese Tatsache von der Warte des *common sense* aus mit den grundlegenden Dogmen des Sozialismus zu tun? Denn «*der Sozialismus beruht auf dem angenommenen Recht einiger Menschen, auf die anderen Menschen Zwang auszuüben*». Allen unterschiedlichen Spielformen des Sozialismus sei eigen, dass sie von einer umfassenden Zwangsorganisation abhingen: «*Der Zwang, der vom Sozialismus sanktioniert wird, muss aus praktischen Gründen ebenso sehr wie wegen der – vermeintlichen – Tugenden, die dem Zwang zugeschrieben werden, undefiniert und vom Umfang her unbeschränkt bleiben. Der Sozialismus vertritt den Glauben, dass der Welt Prosperität, Glück und Moral durch Zwang verliehen wird – durch Zwang, den gewisse Menschen über andere ausüben*» (S. 229–230), die daran gehindert würden, ihre Fähigkeiten um ihres persönlichen Vorteils willen zu nutzen. So werde das Privateigentum durch Zwang in Gemeineigentum transformiert – wenn dies erreicht werde, sei es keinem Individuum mehr erlaubt, Privateigentum zu erwerben oder für eigene Zwecke zu nutzen, ausser in sehr geringem Ausmass und unter strikten Regulierungen. Fazit: «*Im Guten wie im Schlechten ist es der Versuch, alle Menschen und alle menschlichen Angelegenheiten unter ein Zwangssystem zu stellen und kein freies System neben dem eigenen System zu tolerieren, das notwendigerweise durch eine derartige*

Rivalität bedroht würde. Es unterscheidet sich von jedem freien System durch folgende Besonderheit: Wenn Freiheit herrscht, darf man die eigene Freiheit verschenken, und wenn man dies gut findet, Sozialist sein oder was immer man will. Unter dem Sozialismus muss man Sozialist sein und darf nicht für sich selber eine Position wie in einem freien System wählen» (S. 243). Herbert hat als einer der ersten lange Jahre vor Implementierung des realen Sozialismus scharfsinnig erkannt, dass nur die Marktwirtschaft den Individuen die freie Wahl der wirtschaftlichen Kooperation nach subjektiven Präferenzen (vom selbstverwalteten Betrieb sozialistischer Prägung bis zur gewinnmaximierenden Firma) erlaubt; der Sozialismus schliesst den Pluralismus in Wirtschaft, Gesellschaft und letztlich auch im Staat aus.

Im Essay *«Lost in the Region of Phrases»* vertieft der Autor noch seine Kritik an Hobsons Konzeption des *«sozialen Organismus»*, dessen Wirken mit dem unscharfen Begriff der *«sozialen Entität»*, die dem Individuum übergeordnet wird, erklärt wird: *«Wenn das Individuum durch die soziale Entität geformt wird, so bedeutet dies bloss, dass es durch andere Individuen geprägt wird»*, zumal die Gesellschaft bloss die Summe von Individuen ist. *«Denn das Individuum bleibt bei sozialen Prozessen die treibende Kraft, ganz im Unterschied zu biologischen Organismen»* (S. 249–250). Der einzelne trete sozialen Gruppen bzw. Institutionen wegen der Vorteile, die sie ihm bieten, bei, und nicht, damit er von ihnen instrumentalisiert werde. Herbert zeigt, wie die Sozialisten – aber nicht nur sie – aus der Existenz des freiwillig getätigten Tauschhandels und aus dessen sozialem Charakter den falschen Schluss ziehen, dass *«fortan alle unsere Beziehungen durch allumfassenden Zwang reguliert werden sollen»*. Diese widersinnige Konklusion führt der Autor wie Jahrzehnte später F. A. von Hayek treffend auf den Umstand zurück, dass das sozialistische Credo auf reaktionären und abergläubischen Ideen der Alten Welt beruht: *«Sozialismus ist die Negation aller persönlichen Rechte, erhoben zu einem System»* (S. 254). Die *«soziale Entität»* sei nur dann vorhanden, wenn alle Körper und Köpfe frei seien, wo jedes Individuum seinen Beitrag in Form von körperlicher oder geistiger Arbeit freiwillig leiste, auf seine eigene Art und nach seiner eigenen Façon.

Geradezu visionär mutet seit der Aufdeckung des Funktionierens des realen Sozialismus in der früheren DDR, der allumfassenden Bespitzelung durch die Staatssicherheit (*Stasi*), folgende Voraussage an: *«Unter dem Staatssozialismus werden wir drei Möglichkeiten in der Berufswahl haben: Wir dürfen entweder ‹State'shand› (d. h. die oberste Staatsspitze) oder Staatsbeamter oder Staatsspitzel bzw. -informant sein. Die letzten beiden Berufe werden enorm überbevölkert sein. Dennoch wird ausreichend Platz für alle vorhanden sein, da der Staat einer deutschen Kolonie entsprechen und hauptsächlich aus Beamten bestehen wird»* (S. 381). Der Staatssozialismus zeige die Defekte des herrschenden politischen Systems in seiner übertriebenen

Form. Wer sich daran gewöhne, Gewalt anzuwenden, werde dumm und brutal, während die Untertanen ebenfalls auf ihre Art verdummten und indifferent der Apathie verfielen, die mit dem Aufflackern eines «*revolutionären Temperaments*» alterniere.

Vorläufer der Public Choice School

In «*Mr. Spencer and the Great Machine*» (1906) wird der Anspruch der parlamentarischen Demokratie, die Repräsentation der Bürger zu gewährleisten, eingehend widerlegt: Es handle sich um ein auf Bestechlichkeit (Stimmenkauf) gründendes System, das selbst dann, wenn es sich nicht bloss um ein Zwei-, sondern um ein Mehrparteiensystem handelt, zur Willkürherrschaft degeneriere, wo der politische Schacher um Einfluss, Sonderinteressen und Macht blühe. «*Jede Gruppe hat ihren Marktpreis*» (6), schreibt Herbert, der in seiner vergleichenden Analyse zwischen Markt und Politik als früher Vorläufer der *Public Choice School* (*Neue Politische Ökonomie* von *James M. Buchanan* und *Gordon Tullock*) gelten darf. Bei aller Kritik an der Demokratie gesteht der Autor aber ein, dass das Mehrheitsprinzip im Vergleich zur Autokratie das geringere Übel darstellt, da die Beeinflussung, die Appellation an die Mehrheit niemandem verwehrt wird.

Für Sozialpartnerschaft und Flexibilisierung in der Arbeitswelt

Der Philosoph des «Voluntarismus» zeigt, dass Freiheit und Privateigentum untrennbar miteinander verknüpft sind, ganz im Sinne der Eigentumstheorien von *John Locke* und *Herbert Spencer*. Er schlägt als Freund der Arbeiter vor, dass diese Vereinigungen zur Bildung von Eigentum gründen, die sich an bestehenden Unternehmungen beteiligen, neue gründen oder Grundstücke mit Häusern erwerben, die vermietet, günstig an Genossenschaftler verkauft werden oder Feriengelegenheiten bieten. Es fehlt nicht ein Plädoyer für die Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer, sowie für gegenseitiges Vertrauen, Freundschaft und gegen Streiks.

Zu den Autoren des Essaybands «*A Plea for Liberty, An Argument against Socialism and Socialistic Legislation*», der von *Thomas Mackay* für die *Liberty and Property Defense League* als deren *Manifest* herausgegeben wurde⁷, zählt auch Auberon Herbert. Diese Vereinigung kämpfte ganz konkret für voluntaristische Verhältnisse in der Arbeitswelt und gegen Staatseingriffe. An ihrer Spitze standen neben führenden liberalen und liberal-konservativen Intellektuellen und Politikern auch namhafte Unter-

nehmer bzw. deren Firmen, die in ihrem Bereich sozial sehr fortschrittliche Verhältnisse für die Arbeitnehmer (Arbeitszeit und deren Flexibilisierung, Weiterbildung, Ferien, sanitäre Verhältnisse, gute Entlohnung und soziale Absicherung im Alter, Unterhalt guter Beziehungen zu den Gewerkschaften trotz des Verbots des *closed shop*) auf freiwilliger Grundlage durchsetzen und bei ihren Mitunternehmern als Modell propagierten.

In seinem Essay *«The True Line of Deliverance»* bemüht sich der Porträtierte redlich, die Arbeiter für die Idee des Marktes zu gewinnen. Auch in der Arbeitswelt gebe es nur zwei Wege: Den Weg der Restriktion, der Regulierung, des Monopols und der absoluten Macht, der sich längerfristig als unökonomisch selbst für die Arbeiterschaft erweisen werde. Bereits kurzfristig würden gerade die Unqualifizierten diskriminiert und die Facharbeiter privilegiert; Prognosen, die anhand des langen Niedergangs der britischen Wirtschaft bis 1979 – dem Jahre der Regierungsübernahme durch *Margaret Thatcher* – ihre grimmige Bestätigung fanden. Der andere, erfolgversprechende Weg *«ist der Weg des freien Handels, des unbeschränkten Wettbewerbs sowie der freiwilligen Vereinigung»* in den verschiedenen Berufsorganisationen (S. 480).

Besonders modern mutet seine Kritik an, dass die natürliche Vielfalt der Menschen durch die einheitlich schematisierenden Forderungen der Gewerkschaften in Fragen wie Arbeitsbedingungen, -zeit und -entlohnung missachtet werde. Letztlich plädiert er für flexible individuelle Arbeitsverträge unter Einschluss einer Flexibilisierung der Arbeitszeit: *«Wenn das Arbeitsleben ein glückliches Leben sein soll, sollte es eines der wichtigsten Dinge sein, dass jede mögliche Gelegenheit dem Arbeiter gewährt wird, seinen eigenen Gebräuchen und Arbeitsstunden zu folgen»* (S. 487).

Durchsetzung des Umweltschutzes mit Eigentumstiteln

Auberon Herbert ist aber zugleich einer der frühen Väter der *Property Rights-Doktrin* im Bereich des Umweltschutzes: *«Wenn nötig dürfen die Menschen zu Recht davon abgehalten werden, die Erde, das Wasser oder die Luft zu verschmutzen, die ihnen nicht gehören, oder Krankheitskeime an öffentlichen Orten zu verbreiten, zumal derartige Handlungen Aggressionsakte gegen den Menschen oder das Eigentum anderer darstellen.»* Die Regierung dürfe auch unverbindlich (voluntarily) Ratschläge in Fragen der die Sicherheit und Gesundheit der Bürger beeinflussenden Bauweise von Gebäuden, der Kultivierung von Land oder der Tierhaltung geben und hier auch Experimente durchführen (Anmerkung 2, S. 159).

Würdigung

Auberon Herbert hat meines Erachtens eines der bedeutendsten und überzeugendsten Plädoyers für den klassischen Radikalliberalismus und den Libertarismus geschrieben. Destruktive geschichtliche Kräfte haben sich seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis 1989, dem Jahr des Zusammenbruchs des realen Sozialismus, vielerorts über längere Zeit als stärker erwiesen und sowohl den *common sense* als auch den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Sachverstand der echten Liberalen verdrängt. *Randolph Bourne's* Wort, «Krieg bedeutet Wohlergehen des Staats», ist bestätigt worden. Der Vormarsch totalitärer und autoritärer Regimes oder zumindest der die unbegrenzte Demokratie und den Wohlfahrtsstaat begleitende galoppierende Staatsinterventionismus in Ost und West, Nord und Süd war die Folge. Heute erlebt die ganzheitliche Philosophie der Freiheit des Individuums, Liberalismus und Libertarismus, für die Herbert ein exemplarischer Repräsentant ist, einen neuen Durchbruch. In seinen Prognosen und Rezepten sind er und seine Mitstreiter von der heute vielerorts nach wie vor zu Unrecht aus Unkenntnis verpönten *Manchester Schule des Laissez-faire Liberalismus* letztlich geschichtlich «rehabilitiert» worden. Die Krise des im Westen herrschenden gemischtwirtschaftlichen Systems, der unbegrenzten Demokratie, die sich in der rapide sinkenden Akzeptanz der Parteienherrschaft und des Aufwinds für autoritäre Rechtsparteien und neue «Führer» manifestiert, beweist, dass vielerorts die Neigung besteht, falsche Therapien für einen treffend als Malaise erkannten Zustand zu wählen. Herbert zeigt in seinen Analysen und programmatischen Vorschlägen in die richtige Richtung: Die Strategien liberaler und libertärer Zeitgenossen für eine umfassende konstitutionelle Reformierung, für eine Deregulierung und Re-/Privatisierung von Staat und Wirtschaft knüpfen zumeist unbewusst an die von ihm verkörperte Geistestradition des Lernens der Menschheit in einem Klima der Freiheit an, die das Europa des 19. Jahrhunderts zum Blühen brachte. Dies könnte durchaus auch als Zeichen der andauernden Wirksamkeit der «*unsichtbaren Hand*» im Sinne von *Adam Smith* oder der «*spontanen Ordnung*» im Sinne von Friedrich A. von Hayek gewertet werden. Nur: Nutzen muss man die sich bietende Chance schon. Und da sollte sich letztlich jeder individuell aus Selbstverantwortung und in freier Wahrnehmung seiner Verantwortung gegenüber der Menschheit in die Pflicht nehmen. Die Beschränkung auf die «*Idee Europa*» – die zum neuen, den Kontinent beherrschenden Nationalismus des ausklingenden 20. Jahrhunderts zu werden droht – oder gar auf einer rein geographisch verstandenen «*Idee Schweiz*», beide im Sinne des Réduitgedankens, ist angesichts der drängenden *weltweiten* Probleme zu wenig. Da waren die *Manchesterliberalen* schon kosmopolitischer: Ihr Kultur- und Wirtschafts-

verständnis war von der Idee eines «weltweiten» Freihandels und Gedankenaustauschs sowie offener Grenzen beherrscht, der engen Verknüpfung von föderalistischem mit internationalem Denken.

* Auberon Herbert: *The Right and Wrong on Compulsion by the State and other Essays*, Seite 65. Dieses Zitat erklärt etwa die weit verbreitete Unselbständigkeit vieler Bürger der ehemaligen DDR als Ergebnis des realen Sozialismus.

¹ S. Hutchinson Harris: *Auberon Herbert: Crusader for Liberty*, Williams & Norgate, London 1943. – ² Auberon Herbert: *The Right and Wrong of Compulsion by the State and other Essays*, edited and with an introduction by Eric Mack, LibertyClassics, Indianapolis 1978. – ³ Thomas Mackay, Editor: *A Plea for Liberty*, LibertyClassics, Indianapolis 1981, Foreword by Jeffrey Paul auf Seite IX, sowie S. Hutchinson Harris: *Auberon Herbert: Crusader for Liberty*, Seiten 196–248. – ⁴ Charles Murray: *In Pursuit of Happiness and Good Government*, Simon and Schuster, New York 1988. – ⁵ Gustave de Molinari schrieb bereits im 19. Jahrhundert den Essay «La production de la sécurité», der 1977 vom Center for Libertarian Studies, New York, in englischer Übersetzung («The Production of Security») in der «Occasional Papers Series» erschien. – ⁶ Die Bestechungsaffären in Mailand sowie zahlreichen anderen italienischen Städten, die 1992 bekannt wurden und immer neue Abgründe ans Licht bringen, verifizieren diese Äusserungen Herberts treffend. – ⁷ Thomas Mackay, Editor: *A Plea for Liberty. An Argument against Socialism and Socialistic Legislation*, consisting of an introduction by Herbert Spencer and Essays by Various Writers, Liberty Classics, Indianapolis 1981.



BACHOFEN-AG
INDUSTRIELLE AUTOMATION

CH-8610 Uster Telefon 01 944 11 11
CH-1033 Cheseaux s.L. Téléphone 021 731 01 11